

EINLEITUNG THEMA WAHLEN

rechtzeitig vor den Bayerischen Landtagswahlen am 8. Oktober hat die Strudlredaktion Direktkandidat*innen aus dem Stimmkreis Regensburg-Stadt zum Thema Obdachlosigkeit befragt:

Von den Nominierten haben Jürgen Eberwein (CSU), Michael Schien (Freie Wähler), Jürgen Mistol (Grüne), Regina Wöhrle (ÖDP), und Sebastian Koch (SPD) geantwortet.

Die FDP (Loi Vo) ließ sich diese Chance entgehen und betreffs AfD verweisen wir auf die letzte Seite dieser Ausgabe und einen Artikel bei den Sozialnachrichten!

Bei den Gesamtstimmen der Landtagswahl 2018 kamen die CSU auf 29,5 %, die Grünen auf 24,3 %, die Freien Wähler auf 10,4 %, die SPD auf 10,0 %, die AfD auf 9,5 %, die FDP auf 5,2 %, die Linke auf 5,0 %, die ÖDP auf 2,2 %, die BP auf 1,2 %, die PARTEI auf 1,0 %, die Piraten und mut jeweils auf 0,7 % und die V-Partei sowie die Partei für Gesundheitsforschung jeweils auf 0,1 %.

Folgende Fragen waren zu beantworten:

- Was möchten Sie an der Situation der Obdachlosigkeit in Bayern ändern?
- Wie stehen Sie zu „Housing First“ oder entsprechenden Alternativen für Obdachlose?
- Wie beabsichtigen Sie, den staatlich geförderten Wohnungsbau voranzutreiben?

Wir wünschen eine entspannte Lektüre und hoffen, Ihnen damit eine kleine Entscheidungshilfe geben zu können.

Mit besten Grüßen von Claudia Bernhard und Reinhard Kellner

Auf den nachfolgenden Seiten stellen wir Ihnen die Nominierten vor:

Jürgen Eberwein - CSU

Lebenslauf persönlich / politisch / dienstlich

Ich bin 57 Jahre alt, verheiratet und wohne im eher ländlich strukturierten Stadtteil Leoprechting, der aber seit den 1970er-Jahren zur Stadt Regensburg gehört. Aufgewachsen bin ich in der Konradsiedlung, mit der ich mich immer noch sehr verbunden fühle. Auch mein Elternhaus steht nach wie vor dort.

„Politikluft“ habe ich schon mit 14 Jahren aufgesogen und bin nun schon mehr als 40 Jahre in der CSU aktiv. Der Weg führte mich von der Schülerunion über die Junge Union, über Ortsverbände und natürlich den Kreisverband der CSU Regensburg-Stadt schließlich 2014 in den Regensburger Stadtrat.

Seit 2020 bin ich der Vorsitzende der Stadtratsfraktion. Ich war und bin auch in mehreren Ortsverbänden und Arbeitskreisen in der Vorstandschaft. Den OV Oberisling-Leoprechting, sowie den Regionalarbeitskreis Polizei der CSU habe ich z.B. als Vorsitzender geleitet. Aktuell bin ich in der Vorstandschaft des Ortsverbandes Regensburg-Süd, der Kommunalpolitischen Vereinigung und im Kreisverband Regensburg-Stadt. Mein „Politiker-Gen“ kommt wohl auch von meinem Vater, der 30 Jahre dem Regensburger Stadtrat angehört hatte, mehrere Jahre auch als Fraktionsvorsitzender.

Stadtrat: Ausschuss für Stadtplanung, Verkehr und Wohnungsfragen / Sportausschuss / Ausschuss für den Neubau einer Stadtbahn / Aufsichtsrat bei „das Stadtwerk“, R-Tech GmbH, Biopark GmbH, Regensburg Business Development GmbH, Regensburger Verkehrsverbund

Nachdem ich das Ehrenamt sehr wertschätze, habe ich mich selbst entsprechend eingebracht. Ich habe einen großen Sportverein, den TSV Oberisling acht Jahre lang als erster Vorsitzender geleitet und in dieser Zeit für einen Millionenbetrag ein völlig neues

Sportgelände in meiner Verantwortung entstehen lassen. In diesem Verein war ich auch der Leiter der zertifizierten DSV-Skischule und habe selbst 35 Jahre lang Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen als Skilehrer den „Brettsport“ beigebracht.

Die letzten fünf Jahre gehörte ich auch der Vorstandschaft des Bayer. Landessportverbandes, Sportkreis Regensburg an.

Selbstverständlich unterstütze ich das Ehrenamt weiterhin sehr gerne, auch mit Mitgliedschaften in mehreren Vereinen und Organisationen, wie der Freiwilligen Feuerwehr Oberisling, der Leukämiehilfe oder eben dem TSV Oberisling.



Auch in meinem Beruf als Polizist blicke ich im kommenden Oktober auf 40 Jahre zurück. Nach meiner Ausbildung bei der bayerischen Bereitschaftspolizei und einer mehrjährigen Phase in einer Einsatzhundertschaft folgte der vielfältige Dienst „auf der Straße“ in Oberbayern, Neutraubling und in Regensburg. Nach einem zweijährigen Studium übernahm ich seit 1997 durchgängig Führungsfunktionen, zunächst auch wieder im uniformierten Dienst. Seit 2006 gehöre ich wiederum in Führungsverantwortung der Kriminalpolizei an, zunächst im Kriminaldauerdienst der KriPo Regensburg, dann in einem Kommissariat mit besonderen Zuständigkeiten. Aktuell leite ich ein Kommissariat einer Kriminaldienststelle, zuständig für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und örtlich zuständig für die gesamte Oberpfalz. Nachdem ich mit „Leib und Seele“ Polizist und „Kriminal“ bin, würde ich in den Bayerischen Landtag insofern mit einem weinenden und einem lachenden Auge einziehen.

Unsere Fragen an Jürgen Eberwein:

Was möchten Sie an der Situation der Obdachlosigkeit in Bayern ändern?

Jürgen Eberwein: Knapp 18.000 Personen sind in Bayern nach letzten Erhebungen in Einrichtungen für Obdachlose oder entsprechenden Wohnformen untergebracht. Dabei gibt es eine Dunkelziffer von Menschen, die weiterhin auf der Straße leben. Schätzungen zufolge dürfte es in Bayern um die 30.000 wohnungslose bzw. obdachlose Menschen in Bayern geben. Die Regierungskoalition hat sich auch in der Koalitionsvereinbarung verpflichtet, die Unterstützung für Obdach- und Wohnungslose weiter auszubauen.

Deshalb hat der Freistaat Bayern die Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern initiiert und zahlreiche Förderprojekte unterstützt. Das muss auch der weitere Weg im Kampf gegen die Obdach- und Wohnungslosigkeit sein. Denn die Zuständigkeiten für die Unterbringung von Wohnungs- und Obdachlosen liegen richtigerweise bei den Kommunen, die finanzielle Unterstützung der Betroffenen bei den Sozialhilfeträgern. Als Abgeordneter im Bayerischen Landtag würde ich mich dafür einsetzen, dass die Förderung über die Obdachlosenhilfe Bayern bzw. über das Sozialministerium fortgesetzt und nach Bedarf auch ausgebaut wird, um die Kommunen bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

Im Übrigen gibt es neben der genannten Förderung auch noch weitere Möglichkeiten, dass der Freistaat Bayern den Bau von entsprechenden Unterkünften, den Ausbau von Beratungsangeboten etc. finanziell fördert. Das ist auch der richtige Weg, weil die Kommunen vor Ort am besten die richtige Hilfe anbieten können. In Regensburg liegt die Zuständigkeit im Direktorium der zweiten Bürgermeisterin. Hier wurden bereits in einem umfangreichen Gesamtkonzept entsprechende Wohnformen und Angebote erarbeitet, die sukzessive umgesetzt werden. Im Übrigen gibt es auch viele freie Träger, die bei (drohender) Obdachlosigkeit beraten und unterstützen – eine ganz wichtige Säule, die meist ehrenamtlich erfolgt. Auch diese Träger können auf Fördermittel des Freistaats Bayern zurückgreifen. Dabei ist auch das Beratungs- und Betreuungsangebot ein wichtiger Bestandteil – denn Obdachlosigkeit bzw. Wohnungslosigkeit sollte schon frühzeitig durch entsprechende Beratungs- und Hilfsangebote verhindert werden, so dass die Menschen gar nicht in diese Situation kommen.

Wie stehen Sie zu „Housing First“ oder entsprechenden Alternativen für Obdachlose?

Jürgen Eberwein: Im erarbeiteten Konzept der Stadt Regensburg zur adäquaten Unterbringung von Wohnungs- und Obdachlosen

sind bereits innovative Formen berücksichtigt. Das Konzept wurde auch schon vom Stadtrat beschlossen. Es sei dabei exemplarisch das „Chancenhaus“ genannt, in dem Familien in einem positiven sozialen Umfeld untergebracht werden sollen – mit dem Ziel, dass sie letztlich im Wohnungsmarkt eine Wohnung finden oder zugeteilt bekommen. Das Konzept umfasst noch weitere zielgerichtete Wohnformen für die verschiedenen Bedürfnisse der betroffenen Menschen. Diese Bedürfnisse sind sehr breit gefächert, sei es durch Suchterkrankungen, psychische Belastungssituationen, Haustiere usw. Ich denke, dieses Konzept zeigt, dass die Kommunen (hier die Stadt Regensburg) individuell und innovativ das Problem angehen können. Die Kommunen müssen dabei auch vom Freistaat Bayern weiterhin finanziell unterstützt werden. Die Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern setzt dafür den entsprechenden Rahmen. Natürlich gehört zu solchen Konzepten auch „Housing First“ dazu. Die Erfahrungen in Deutschland sind noch begrenzt, aber (wie in anderen europäischen Ländern) tendenziell positiv. Dennoch sollte jede Kommune für sich prüfen, ob es das geeignete Konzept ist, Menschen ohne „Wohneignung“ (der Begriff gefällt mir so nicht) ohne Vorbedingungen in ein Mietverhältnis zu bringen. Regensburg geht z.B. zunächst einen Mittelweg. Aber es steht jeder Kommune offen, das zu versuchen und Fördermittel dafür zu erhalten. Problem dabei: Es fehlt in den Kommunen an Wohnraum.

Wie beabsichtigen Sie, den staatlich geförderten Wohnungsbau voranzutreiben?

Jürgen Eberwein: Das Hauptproblem in allen Städten ist, dass nicht ausreichend geförderter und bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Die Gründe sind vielfältig und bekannt (Baukostensteigerung, hohe Zinsen, Bürokratie, Wegfall von Preisbindungen, zunehmende Konkurrenz durch reguläre und illegale Zuwanderung usw.). Der Freistaat Bayern kann nur begrenzt selbst „einsteigen“. Gefordert sind kommunale Wohnungsbauunternehmen, Bauträger, Genossenschaften und Kommunen.

Der Freistaat Bayern kann wiederum Anreize schaffen und den Bau von neuen Wohnungen fördern – es hilft nur bauen, bauen, bauen. Das macht der Freistaat Bayern auch mit entsprechenden Förderungen z.B. der BayLabo. Es werden in erheblichem Umfang Fördermittel und zinslose bzw. zinsgünstige Darlehen zur Verfügung gestellt. Das muss fortgeführt werden und ggf. den gestiegenen Bau- und Finanzierungskosten angepasst werden. Soweit es im Einflussbereich des Freistaats liegt, braucht es zudem einen Abbau der Bürokratie und der Bauvorschriften. Der Freistaat Bayern soll natürlich auch in seinen Möglichkeiten den Kommunen und Bauträgern geeignete Grundstücke mit guten Konditionen zur Verfügung stellen.

BEGEGNEN – BILDEN – ERLEBEN
für Frauen

NEUGIERIG GEWORDEN AUF MEHR?

Informationen zu vielfältigen Veranstaltungen gibt es auf
www.frauenbund-regensburg.de

Katholischer Deutscher Frauenbund
Obermünsterplatz 7
93047 Regensburg
Tel. 0941 597 2224

frauenbund@frauenbund-regensburg.de

Frühstück genießen...

...im Hotel „INCLUDiO“

Montag – Freitag
von 06.30 Uhr bis 10.00 Uhr

Preis pro Person 17,00 EUR
Wir freuen uns auf Ihre Reservierung!

Samstag, Sonntag und an Feiertagen
von 07.00 Uhr bis 11.00 Uhr

Hermann-Höcherl-Straße 2 | 93055 Regensburg/Burgweinting
Tel. 0941 788328 0 | www.includio.de | includio.regensburg@johanniter.de



Michael Schien FREIE WÄHLER

Steckbrief

Name: Michael Schien
Alter: 41 Jahre
Geburtsort/Wohnort: Regensburg
Familienstand: verheiratet, 1 Sohn
Beruf: Lehrer Realschule
Hobbys: Familie, Tennis, Lesen, Schafkopfen

Michael Schien hat unsere Fragen wie folgt beantwortet:

Was möchten Sie an der Situation der Obdachlosigkeit in Bayern ändern?

Michael Schien: Die Politik muss grundsätzlich bemüht sein, das individuelle Schicksal der von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen ernst zu nehmen und ihnen zu zeigen, dass die Gesellschaft an ihrer Seite steht.

Die Unterstützung für die Kommunen und die in der Obdachlosenhilfe ehrenamtlich Tätigen kann sicherlich noch weiter ausgebaut werden. Ich möchte diese Verantwortung gerne wahrnehmen und im Falle meiner Wahl in den Bayerischen Landtag die Schnittschnelle zwischen Menschen sowie zuständigen Institutionen in Regensburg und dem Parlament in München sein.

Mein Lösungsansatz:

Ich möchte die Anzahl der Notunterkunftsplätze erhöhen, die Anlaufstellen für Obdachlose finanziell besser ausstatten und die Bereitschaft, mit helfender Hand anzupacken, durch eine Erhöhung der Ehrenamtszuschläge stärker honorieren.

Wie stehen Sie zu „Housing First“ oder entsprechenden Alternativen für Obdachlose?

Michael Schien: Der Ansatz von „Housing First“ sieht ja vor, wohnungslosen Menschen zunächst eine eigene Unterkunft zur Verfügung zu stellen und die bedarfsgerechte Unterstützung durch Hilfseinrichtungen fortzuführen, um auf Basis dieser sicheren Grundlage alle weiteren Angelegenheiten auf dem Weg in ein stabiles Leben anzupacken.

Das Modell der „Wohnfähigkeit“ wiederum sieht vor, zunächst die Probleme, die zur Wohnungslosigkeit geführt haben, zu beheben und danach eine eigene Wohnung ins Auge zu fassen. Beide Ansätze haben sicherlich ihre Berechtigung.

Mein Lösungsansatz:

Unabhängig davon, welcher Weg im Einzelfall gewählt wird, muss sich die Politik weiterhin nachhaltig mit Worten und Taten dafür einsetzen, dass sich die Rückkehr in ein geregeltes und erfülltes



Leben auch wirklich umsetzen lässt. Hierfür sind die finanziellen Mittel sicherlich zu erhöhen.

Wie beabsichtigen Sie, den staatlich geförderten Wohnungsbau voranzutreiben?

Michael Schien: Der soziale Wohnungsbau durch den Staat, die Gemeinden, Genossenschaften und privaten Investoren ist leider rückläufig.

Das bedeutet, dass mehr günstige Wohnungen aus der Preisbindung fallen als neue gebaut werden. Der daraus folgende Mangel an bezahlbarem Wohnraum muss entschieden angegangen werden.

Mein Lösungsansatz:

Städtische Grundstücke sollen nur in Erbpacht vergeben werden, die Stadt muss weiterhin viele städtische Wohnungen errichten und den genossenschaftlichen Wohnungsbau noch stärker zum Zug kommen lassen. Aber auch private Investoren sind wichtig für ein ausreichendes Angebot an Wohnraum.

Hier können - gerade in der aktuellen Zinssituation - günstige, vom Freistaat ausgegebene Darlehen einen interessanten Anreiz darstellen. Es wird also einen Mix aus verschiedenen Maßnahmen und gleichzeitig einen langen Atem brauchen, um die Wohnraumsituation für Menschen mit niedrigen Einkommen spürbar zu verbessern.

Ich möchte aber auch klar sagen, dass das kein Ding der Unmöglichkeit ist. Die Stadt Wien macht es uns seit Jahrzehnten vor und kann uns ein Vorbild sein!



Jürgen Mistol Die Grünen

Steckbrief

- geboren 1965 in Regensburg
- aufgewachsen in der Nähe der Zuckerfabrik
- heute im Norden der Stadt beheimatet
- Beruf: Krankenpfleger
- Mitglied der Grünen seit 1991
- Stadtrat in Regensburg seit 2002
- Landtagsabgeordneter seit Okt. 2013
- Sprecher für Wohnungspolitik der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Koordinator der Bayerisch-Tschechischen Parlamentsfreundschaft
- Vorsitzender des Fördervereins der Freiwilligenagentur Regensburg
- Hobby: Wandern, am liebsten in den Bergen
- Interessen: Architektur und Bahn
- Aktuelles Lieblingsbuch: Gebrauchsanweisung fürs Zugreisen: Faszination Eisenbahn: Die schönsten Bahnhöfe, Bahnstrecken und Geschichten ums Zugfahren von Jaroslav Rudiš
- Sommerurlaub 2023: Wandern auf dem Kammweg des Erzgebirge

Gerne möchten wir von Ihren Spitzenkandidat*innen wissen:

Was möchten Sie an der Situation der Obdachlosigkeit in Bayern ändern?

Jürgen Mistol: Wohnungslosigkeit ist ein weit verbreitetes, aber oftmals auf den ersten Blick nicht sichtbares Problem. Denn wohnungslos ist nicht nur, wer auf der Straße lebt, sondern jede Person, die über keinen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügt. Laut der ersten bundesweiten Erhebung zur Wohnungslosigkeit sind mindestens 18.000 Menschen in Bayern wohnungslos. Hauptgründe für die steigenden Zahlen sind das nach wie vor unzureichende Angebot an bezahlbarem Wohnraum, der sinkende Bestand an Sozialwohnungen und eine Verstärkung der Armut. Diese Ursachen wollen wir Grüne angehen und bis 2030 die Obdachlosigkeit im Freistaat beenden.

Wir unterstützen die Kommunen beim Ausbau flächendeckender und zielgruppenspezifischer Hilfs- und Präventionsangebote, bei der Bereitstellung angemessener Unterkünfte mit aufsuchender Sozialarbeit sowie bei Housing-First-Projekten als Ergänzung zu bestehenden Hilfssystemen. Allen voran brauchen wir mehr bezahlbaren Wohnraum. Schließlich haben 60 Prozent der bayerischen Bevölkerung Anspruch auf eine öffentlich-geförderte Wohnung. Deshalb werden wir den sozialen Wohnungsbau deutlich ausweiten und die Fördermittel aufstocken.

Wie stehen Sie zu „Housing First“ oder entsprechenden Alternativen für Obdachlose?

Jürgen Mistol: Wohnungs- und Obdachlosigkeit ist oft mit mehreren Problemen verbunden, wie Armut, Erwerbslosigkeit, Drogensucht und anderen Erkrankungen. Das Konzept „Housing First“ sehen wir als Lösung und Ausweg, damit bis 2030 niemand mehr auf der Straße leben muss, denn Wohnen ist ein Menschenrecht. Und eigener Wohnraum ist die erste Voraussetzung, sich im Leben wieder zurechtzufinden. Erst dann kann man die anderen Probleme angehen.

In Finnland konnte man auf diese Weise bereits die Zahl der Obdachlosen halbieren. In Städten wie Berlin, Hamburg, Frankfurt oder Stuttgart wurden bereits Projekte erfolgreich gestartet. Auch in Regensburg gibt es Bedarf. Damit „Housing First“ gelingen kann, braucht es jedoch be-

gleitende Beratung und Unterstützung vor Ort. Wir Grüne wollen deshalb ein Konzept zur Förderung von „Housing First“ in Bayern auf den Weg bringen und die Kommunen bei der Umsetzung unterstützen.

Wie beabsichtigen Sie, den staatlich geförderten Wohnungsbau voranzutreiben?

Jürgen Mistol: Alle Bewohner*innen Bayerns haben Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Diesem Verfassungsauftrag fühlen wir Grüne uns verpflichtet. Schließlich haben 60 Prozent der bayerischen Bevölkerung Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung. Um den Bedarf endlich zu decken, schaffen wir jährlich 10.000 Sozialwohnungen und erhöhen die Bindungsdauer grundsätzlich auf mindestens 40 Jahre, um Wohnungen möglichst lange als günstigen Wohnraum zu erhalten. Wir werden Wohnungsgenossenschaften stärker fördern und die Landesmittel für die Wohnraumförderung zu einer echten Wohnungsbau-Milliarde aufstocken. Zum anderen unterstützen wir

Initiativen für selbstbestimmtes, barrierefreies und gemeinschaftliches Wohnen für ältere und jüngere Menschen unter einem Dach. Staatliche Grundstücke, die für Wohnraum infrage kommen, sollen vorrangig kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften für den sozialen Wohnungsbau verbilligt zur Verfügung gestellt werden. Mit der Einführung einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit unterstützen wir Wohnungsunternehmen mit steuerlichen Förderungen und Investitionszulagen, wenn sie sich dauerhaft zu günstigen Mieten verpflichten. Mit einer Imagekampagne wollen wir für die Vorteile des sozialen Wohnungsbaus werben.

Jürgen Mistol
Direktkandidat für den Landtag

Wiebke Richter
Direktkandidatin Bezirk Oberpfalz

**Für Sie in
Landtag und
Bezirkstag!**

Team Bayern. Mit dir!

**ALLE
STIMMEN
GRÜN**



Peter Moll Die Linke

Steckbrief

Name: Peter Moll
Alter: 73 Jahre, Rentner

Ich bin Inklusionsbeauftragter im Schützenverein und Sportschütze.

In meiner Freizeit gehe ich gerne wandern und praktiziere Yoga.

Ich kandidiere, um mich für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen.

Es gibt immer noch zu viele Menschen, die unter Alters-, Kinder- und Jugendarmut leiden. Das darf nicht sein! Ich möchte mich dafür einsetzen, dass alle Menschen in Bayern die gleichen Chancen haben und niemand aufgrund seiner Herkunft oder sozialen Stellung benachteiligt wird.

Ich kandidiere in der Oberpfalz für den Landtag und freue mich über deine Unterstützung!

Was möchten Sie in der Situation der Obdachlosigkeit in Bayern ändern?

Peter Moll: Obdachlosigkeit ist ein komplexes Thema und es gibt eine Vielzahl an Ursachen wie zum Beispiel Trennungen, Scheidungen, Verschuldungen, Jobverlust, Schicksalsschläge, Krankheit und Sucht.

Grundsätzlich braucht es frühzeitige, niedrigschwellige Hilfsangebote und natürlich auch bezahlbaren Wohnraum für die Betroffenen. Die allgemeine Sozialberatung und die Streetworkarbeit müssen ausgebaut werden. Ämter für Wohnungsnotfälle mit entsprechendem Handlungsspielraum müssen in der Lage sein, schnell und unbürokratisch Hilfe zu leisten. Auch die Jobcenter und Arbeitsagenturen sollten spezielle Beratungs- und Hilfsangebote bereitstellen.



Es braucht mehr niedrigschwellige Arbeitsgelegenheiten wie z.B. der Donaustrudl-Verkauf. Unterstützungsangebote in Kliniken, Gefängnissen und anderen Einrichtungen werden dringend gebraucht. Obdachlosenunterkünfte mit niedrigschwelligen Angeboten auch für Menschen mit Hunden, mit Suchtproblematik und spezielle Angebote für Frauen müssen besser finanziert werden.

An dieser Stelle ein großes Lob an all die ehrenamtlichen und gemeinnützigen Organisationen, die tagtäglich gute und wichtige Arbeit leisten. Aber es braucht mehr staatlich finanzierte Stellen, Räume und Sozialarbeit, damit Hilfe und Unterstützung auf Augenhöhe, nicht überwiegend auf Ehrenamtliche abgewälzt wird. Es braucht Rückzugsorte für Obdachlose bei z.B. Hitze (Stichwort Hitzeschutzplan) sowie Drogenkonsumräume, um das Leben der Betroffenen nicht weiter zu erschweren. Die medizinische Versorgung muss dabei jederzeit sichergestellt sein.

Wichtig vor allem sind Sensibilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit zum Abbau von Vorurteilen und Stigmatisierungen. Betroffene von Obdachlosigkeit sind ebenso Teil unserer Gesellschaft wie jeder andere.

Diese Maßnahmen sind nur einige Ansätze um die obdachlosen Menschen in Bayern angemessen zu unterstützen und um Ihre Situation zu verbessern. Ausgesprochen wichtig ist es, auf die Bedürfnisse der Betroffenen einzugehen und Sie einzubeziehen.

Wie stehen Sie zu „Housing First“ oder entsprechende Alternativen für Obdachlose?

Peter Moll: Für diejenigen Obdachlosen, die sich eine Wohnung wünschen ist Housing First ein guter Ansatz, aber nur unter der Bedingung, dass Betroffene nach Einzug umfangreiche Unterstützung und Therapieangebote erhalten. Nur so kann sichergestellt werden, dass Betroffene in dieser kritischen Phase ausreichend begleitet werden. Für die Umsetzung braucht es aber unbedingt mehr finanzierbaren und geförderten Wohnraum. Wichtige Instrumente, um mehr Wohnraum zur Verfügung stellen zu können sind ein Mietendeckel, Rekommunalisierung von Wohnraum und als letztes Mittel Enteignung von Leerstand und von Wohnungsbau-gesellschaften.

Wie beabsichtigen sie den staatlich geförderten Wohnungsbau voranzutreiben?

Peter Moll: Der stetig sinkende Bestand an Sozialwohnungen zeigt: Während die Sozialbindungen ablaufen, kommen wir nicht hinterher neuen Wohnraum zu schaffen. Das hat viele Gründe, unter anderem auch die Krisen der letzten Jahre, welche Genehmigungsverfahren in die Länge zogen oder zu Liefer-schwierigkeiten bei Baustoffen führten.

Es braucht daher unterschiedliche Ansätze, um den geförderten Wohnungsbau voranzutreiben. Gezielt Förderungen dort, wo es sinnvoll ist, wie beispielweise Mehrgenerationenhäuser oder genossenschaftlicher Wohnungsbau. Verbindliche Quoten für sozial gebundenen Wohnraum.

Aber wir dürfen nicht ständig in Richtung Neubauten schauen, son-

dem auch den aktuell ungenutzten Raum betrachten, den wir in Deutschland haben. Beispielweise die Umfunktionierung von gewerblichem Raum zu Wohnraum. In Hamburg zum Beispiel soll ein altes Parkhaus zu einem Wohnhaus umgebaut werden. Das Projekt wurde durch eine Genossenschaft ins Leben gerufen und es sollen 80 Wohnungen entstehen.

Das zeigt: Wir brauchen mutige und unkonventionelle Wege, um neuen Wohnraum, vor allem für sozial schlechter gestellte Menschen, zu schaffen. Dazu gezielte Förderungen sowie einen Abbau von undurchsichtigen Bauvorschriften, die eine Umwandlung von gewerblichem Raum zu Wohnraum erschweren.

Uschi Maxim
echt. sozial.
auf Augenhöhe.
Für dich in den Bezirkstag.
DIE LINKE.
Bayern

Durchstarten statt abwarten. 99

ECKERT SCHULEN

Die Eckert Schulen sind eines der führenden privaten Unternehmen für berufliche Bildung, Weiterbildung und Rehabilitation in Deutschland.

WEITERBILDUNG
BERUFLICHE REHA
AUSBILDUNG + STUDIUM

RUND 50 STANDORTE

INFOTAGE
ONLINE & VOR ORT
1x im Monat, samstags

www.eckert-schulen.de

InstoreRadio
CartBoards
CheckoutPoster

WERBUNG, DIE WIRKT!

WIR MACHEN SUPERMARKT WERBUNG.

andré media group
ads in motion

Bilder aus der Schedelschen Weltchronik 1493

Zeitlos:
das Buch

BÜCHER PUSTET.de

GESANDTENSTRASSE · DONAU-EINKAUFSZENTRUM · UNIVERSITÄT · DOMBUCHHANDLUNG



Regine Wörle ÖDP

Steckbrief

Name: Regine Wörle
Alter: 55 Jahre

Dipl. Math. (FH), Lehrbeauftragte, Stadtführerin
Landtagsdirektkandidatin der ÖDP für Regensburg Stadt

Regine Wörle machte eine regelrechte Blitz-Karriere beim ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad Club). Diese startete im Kreisvorstand des ADFC, 2008 fuhr sie als Delegierte

zur Bundeshauptversammlung, 2011 bis 2015 wurde sie zur stellvertretenden Vorsitzenden im Landesverband Bayern gewählt. Schon 2010 wurde Sie zur Tourenleiterin und als Vorstandsbeauftragte bildete sie dann selber ADFC-TourGuides aus. Sie ist bis heute im Kreisvorstand des ADFC Regensburg aktiv und begründete das erfolgreiche Volksbegehren Radentscheid Regensburg entscheidend mit.

Gemeinsam und gerecht und mit allen demokratischen Mitteln wollen wir eine Gesellschaft schaffen, die gerecht ist. Dazu müssen wir mehr mitfühlende und umfassende Maßnahmen ergreifen, um die Situation derjenigen zu verbessern, die am Rande unserer Gesellschaft leben. Vielen Dank an den DONAUSTRUDL, dass wir hier unsere Positionen darlegen dürfen.

Was möchten Sie an der Situation der Obdachlosigkeit in Bayern ändern?

Regine Wörle: Die ÖDP will sicherstellen, dass Obdachlose nicht nur eine Unterkunft, sondern auch die Möglichkeit erhalten, ihre Lebenssituation dauerhaft zu verbessern. Hier sind einige unserer geplanten Maßnahmen:

- Erweiterte Unterkünfte und Notunterkünfte: Wir wollen die Anzahl der Unterkünfte und Notunterkünfte, sowie natürlich Kälte-, und Wärmeschutzhäuser erhöhen, um sicherzustellen, dass niemand auf der Straße schlafen muss und daurch gefährdet wird.
- Housing First: Wir wollen den Ansatz „Housing First“ stark ausbauen. Dieser Ansatz hat sich als sehr effektiv erwiesen, da er Obdachlosen zunächst eine stabile Unterkunft bietet und dann Unterstützung bei der Bewältigung anderer Herausforderungen wie Arbeitslosigkeit, Gesundheitsproblemen und Sucht bietet.
- Betreuung und Sozialberatung: Wir werden zusätzliche Finanzmittel und Ressourcen für Beratungsstellen und soziale Dienste bereitstellen, um hoffentlich allen Obdachlosen bei der Bewältigung ihrer individuellen Probleme zu helfen.
- Arbeitsplatzvermittlung und Ausbildung: Wir wollen Programme zur Arbeitsvermittlung und beruflichen Weiterbildung einführen, um Obdachlosen den Weg zu ihrer dauerhaften Unabhängigkeit zu ebnet.

Wie stehen Sie zu „Housing First“ oder entsprechenden Alternativen für Obdachlose?

Regine Wörle: „Housing First“ ist für die ÖDP von hoher Bedeutung, da es den Teufelskreis von Obdachlosigkeit durchbricht. Indem man Obdachlosen zunächst eine sichere Unterkunft bietet, bietet man Stabilität, die sie benötigen, um andere Probleme anzugehen. Dieser Ansatz wird auch in Bayern funktionieren und hat nachweislich auch in anderen Städten die Anzahl der langfristig Obdachlosen reduziert.

Neben „Housing First“ gibt es aber auch weitere Ansätze, die wir in Betracht ziehen wollen, wie z.B.:

- Übergangswohnungen, in denen Obdachlose sich auf den Übergang in eine eigenständige Lebensweise vorbereiten können (Transitional Housing)
- Schaffung von Gemeinschaften, in denen Obdachlose in einer unterstützenden Umgebung leben und zusammenarbeiten können (Kooperative Wohnprojekte)
- Mehrgenerationenhäuser und andere Formen nachbarschaftlichen Wohnens müssen stark gefördert werden.

Wie kann der staatlich geförderte Wohnungsbau vorangetrieben werden?

Regine Wörle: Der staatlich geförderte Wohnungsbau ist in Bayern von zentraler Bedeutung, um bezahlbaren Wohnraum für alle Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.

Bayern muss über den Bundesrat und in Eigenverantwortung die Wohnungswirtschaft sozial gestalten — Keine Profite mit Bodenspekulation und Miete. Die Nichtveräußerung kommunaler Wohnungen und Wohngrundstücke wird festgeschrieben. Bauplätze sollen ausschließlich im Wege des Erbbaurechts vergeben werden. Ausnahmen bedürfen eines Beschlusses der Kommune. Künftig sollen ein Drittel der neu gebauten Wohnungen auf städtischem Grund Sozialwohnungen im ersten Förderweg, also besonders günstig sein. Staatlich geförderter, sozialer Wohnungsbau soll in der sozialen Bindung bleiben und sie nicht nach 20 bis 30 Jahren verlieren.

Folgende Schritte sind dazu nötig:

- Es müssen mehr finanzielle Mittel für Investoren und Entwickler bereitgestellt werden, die sich dem Bau von bezahlbarem Wohnraum verpflichten.
- Partnerschaften von Kommunen und NGOs: Wir wollen mit Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen zusammenarbeiten, um gemeinsam Wohnprojekte zu planen und umzusetzen.
- Nachhaltigkeit und Innovation: Die ÖDP möchte Wohnungsbau fördern, der energieeffizient, umweltfreundlich und zukunftsorientiert ist.

Insgesamt liegt es in unserer Verantwortung, die Situation der Obdachlosen zu verbessern und dafür zu sorgen, dass jeder Mensch in Bayern Zugang zu angemessenem Wohnraum hat.

Das Rote Kreuz in Stadt und Landkreis Regensburg

Wir sind wie immer für Sie da!



- Tagespflege
- Ambulante Pflege
- Hausnotruf
- Essen auf Rädern
- Fahrdienste
- Senioren Wohn- und Pflegeheime

24-Stunden-
Service-Zentrale
09 41/29 76 00



**Bayerisches
Rotes
Kreuz**

Kreisverband
Regensburg

Telefon 0941 79605-0 • www.brk-regensburg.de

Sebastian Koch SPD

Steckbrief

Name: Sebastian Koch
Alter: 36 Jahre

1987 in Regensburg geboren, zog Sebastian Koch im Jahr 1998 mit meiner Familie nach Wenzelbach. Hier lebt er mittlerweile mit Frau und Tochter.

Zum Studieren verschlug es ihn zunächst nach Herrsching am Ammersee, wo er an der dortigen Beamtenfachhochschule den akademischen Grad eines Diplom-Finanzwirts (FH) erlangte. Anschließend arbeitete Koch einige Zeit in der bayerischen Finanzverwaltung. Parallel dazu nahm er 2012 ein geisteswissenschaftliches Studium an der Universität Regensburg auf und wurde dort später Mitarbeiter an der Lehrereinheit für Soziologie, Sozialkunde und Arbeitslehre.

Foto: BayernSPD

2014 wurde Koch mit 26 Jahren zum Bürgermeister der Gemeinde Wenzelbach gewählt und bei der Kommunalwahl 2020 mit fast 71 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang in diesem Amt bestätigt. Ebenso konnte er sich über die Wahl in den Regensburger Kreistag freuen. Der SPD-Kreistagsfraktion steht er seither vor. Seit einigen Jahren ist Koch auch der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Regensburg.

Am 8. Oktober 2023 tritt Sebastian Koch als Direktkandidat im Stimmkreis 305 (Regensburg-Stadt, Lappersdorf, Pentling und Wenzelbach) zur Landtagswahl an. Jenseits seines Stimmkreises kann man ihn über die Liste der SPD Oberpfalz (Platz 2) unterstützen.“

Was möchten Sie an der Situation der Obdachlosigkeit in Bayern ändern?

Zunächst einmal muss Bayern aus meiner Sicht eine amtliche Statistik zur Obdachlosigkeit erheben, um zu erkennen, wo genau die Probleme liegen. Im Allgemeinen gilt, dass bereits existierende Fachstellen zur Beratung bei drohender Wohnungslosigkeit ausgebaut und landesweit erreichbar gemacht werden müssen. Gleiches gilt für die Schuldner- und Insolvenzberatung.

Wir werden zudem Kälteschutzprogramme auflegen, die dafür sorgen, dass wohnungslose Menschen im Winter eine Anlaufstelle haben. In Kooperation mit freien Trägern der Wohlfahrtspflege müssen mehr Orte installiert werden, an denen sich Menschen aufwärmen, duschen und schlafen können. Auch die Verteilung von Nahrungsmitteln und der Zugang zum Internet sollen dort ermöglicht werden. Auch die Schaffung sogenannter Flexiheime für wohnungslose Menschen scheint mir vielenorts prüfungswert. Das Land Bayern wird die Kommunen dabei finanziell mehr unterstützen müssen.

Wie stehen Sie zu „Housing First“ oder entsprechenden Alternativen für Obdachlose?

Wohnen ist ein Menschenrecht, weshalb die Wohnfähigkeitsprüfung für Obdachlose gewiss kein Optimalszenario darstellt. Dass

indes zuerst eine dauerhafte Unterkunft gefunden werden sollte und man sich dann um die anderen Probleme kümmert, hört sich in der Theorie sehr gut an, denn das verschafft für die Betroffenen die nötige Ruhe und ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben.

Es gibt hier auch durchaus schon Erfolgsgeschichte in einigen deutschen Städten. Fraglich ist aber natürlich, wie schnell in Bayern geeigneter Wohnraum hierfür generiert werden kann und wer die Trägerschaft für die wohnbegleitenden Maßnahmen übernehmen soll. Das erfolgreiche finnische Konzept lebt beispielsweise von tollen Hilfsorganisationen mit guten Fachkräften. Dies müsste hierzulande erst aufgebaut werden. Demnach möchte ich die Finanzierung von Modellprojekten dieser Art mit einer Evaluation nach ein paar Jahren vorschlagen.

Wie beabsichtigen Sie, den staatlich geförderten Wohnungsbau voranzutreiben?

Auf teurem Baugrund kann kein bezahlbarer Wohnraum entstehen. Wir brauchen einen anderen Umgang mit Grund und Boden durch ein soziales Bodenrecht und eine gemeinwohlorientierte staatliche Liegenschaftspolitik, die die Schaffung von bezahlbarem und klimagerechtem Wohnraum unterstützt.

Wir werden diese Grundsätze in der Verfassung festschreiben und die Praxis des Freistaats und seiner landeseigenen Gesellschaften beenden, eigene Grundstücke und Immobilien zu verkaufen.

Den Verkauf der 33.000 Landesbankwohnungen im Jahr 2012 durch das seinerzeit von Markus Söder geführte Finanzministerium lehnten und lehnen wir aufs Schärfste ab. Spekulation, Entmietung und Luxussanierung waren die Folge. Wir werden die jahrelange Praxis des Freistaats beenden, die eigenen Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau dann zu kürzen, wenn der Bund diese erhöht. Im Gegenteil: wir werden den sozial orientierten Wohnungsbau konsequent durch eine eigene Fördermilliarde unterstützen. Wir werden mit den Kommunen und der sozial orientierten Wohnungswirtschaft einen Pakt für bezahlbares Wohnen schließen und die bayerischen Förderprogramme zielgenau umbauen, unter mit längerer Bindungsdauer.



DAMIT SICH WAS RÜHRT!

Am 08. Oktober Sebastian Koch in den Bayerischen Landtag wählen.

SPD Soziale Politik für Dich.